



Ausgabe September 2020

HIBS-TEAM NEWSLETTER

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegt eine erfolgreiche Sommertour, in der wir als „HiBs-Team“ etliche interessante und schöne Eindrücke erhalten haben. Natürlich stand die diesjährige Sommertour auch unter den Vorzeichen der Corona-Pandemie. Dennoch kam in uns zu keinem Zeitpunkt die Überlegung auf, die Tour abzusagen. Denn der Kontakt zu den Menschen im Wahlkreis ist essentiell für unsere politische Arbeit im Landtag. Unter der strengen Wahrung der Hygieneregeln, konnten wir so trotzdem mit vielen von Ihnen persönlich in Kontakt treten. An dieser Stelle möchten wir uns daher für Ihre Gastfreundschaft und die wertvollen Informationen bedanken. Unsere genauen Stationen während der Tour können Sie unserem beigefügten Pressespiegel entnehmen.

Die Arbeit im Landtag stand jedoch keineswegs still. Wir, die sieben Landtagsabgeordneten innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sog. „HiBs-Team“. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen, machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark. Dabei ist

es uns ein großes Anliegen, die Interessen der Menschen aus unseren Wahlkreisen auch direkt vor Ort zu unterstützen.

In den zurückliegenden Monaten sind etliche Themen auf die Tagesordnung getreten. Am präsentesten ist uns allen vermutlich noch der verheerende Brand des Flüchtlingslagers Moria, dessen Folgen uns auch als Niedersachsen betreffen werden. Doch haben die letzten Monate auch positives bewirken können. So konnte der „Niedersächsische Weg“ von Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast und mehreren Interessensverbänden unterzeichnet werden. Durch den „Niedersächsischen Weg“ ist der Meilenstein gelungen, Umwelt und Landwirtschaft in Einklang zu bringen. Zu diesen und weiteren Themen haben wir als „HiBs-Team“ in unserem Newsletter Stellung genommen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit herzlichen Grüßen.

Ihr HiBs-Team

Peronike Uwe

Veronika Koch MdL

Christoph Plett MdL

Laura Hopmann MdL



Frank Oesterhelweg MdL

Uwe Schünemann MdL

James C. Hunt

Thomas Ehbrecht MdL



Ausgabe September 2020

Leitartikel zum „Niedersächsischen Weg“

Barbara Otte-Kinast: Der „Niedersächsische Weg“: Unsere Landwirtschaft als Partner im Umweltschutz

Am 25. Mai 2020 habe ich gemeinsam mit weiteren Vertretern der Landesregierung, der Landwirtschaftskammer, dem Landvolk, dem BUND und dem NABU nach mehrmonatigen Verhandlungen den „Niedersächsischen Weg“ unterzeichnet. Seither arbeiten die beteiligten Partner intensiv in mehreren Arbeitsgruppen an der Umsetzung der weitreichenden Vereinbarungen zugunsten des Natur-, Arten- und Gewässerschutzes. Am 14. September wurde ein weiterer Meilenstein erreicht: CDU und SPD haben die zur Umsetzung des „Niedersächsischen Weges“ notwendigen Änderungen des Wassergesetzes, des Waldgesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz in den Landtag eingebracht.

Die umwelt- und agrarpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer und Helmut Dammann-Tamke, haben in ihren Beiträgen zur Landtagsdebatte den „Niedersächsischen Weg“ als einzigartig in

Deutschland bezeichnet und die Einbringung der Gesetzesänderungen durch CDU und SPD als historischen Moment apostrophiert. Warum? Weil sich erstmals Naturschutzverbände, Landwirtschaft und Politik gemeinsam auf konkrete Ziele für eine Verbesserung des Natur-, Arten- und Gewässerschutzes in Niedersachsen verständigt haben und gleichzeitig die Zukunft unserer Landwirtschaft im Blick behalten. Der „Niedersächsische Weg“ setzt damit auf Versöhnung statt Spaltung. Er bringt Umweltziele mit bäuerlichen Einkommensinteressen in Einklang und schafft damit die Voraussetzung dafür, dass der tiefe Graben, der sich zwischen der modernen Landwirtschaft und der Mehrheit der Gesellschaft aufgetan hat, nach und nach wieder geschlossen werden kann. Dies ist entscheidend dafür, dass unsere Landwirtschaft wieder in die Mitte der Gesellschaft rücken kann und die Landwirtinnen und Landwirte wieder die Anerkennung für ihre anstrengende und verantwortungsvolle Arbeit erfahren, die sie verdienen. Versöhnen statt spalten – das ist ein wesentliches Merkmal des „Niedersächsischen Weges“.

Der „Niedersächsische Weg“ umfasst zahlreiche Maßnahmen, so u.a.

- die Unterschützstellung weiterer Biotoptypen, insbesondere von arten- und



Ausgabe September 2020

strukturrei-chem Dauergrünland und Streuobstwiesen;

- die konsequente Umsetzung eines Grünlandumbruchverbots;
- die Etablierung eines landesweiten Biotopverbundes auf 15 % der Landes- bzw. 10 % der Offenlandfläche;
- die Einführung von Gewässerrandstreifen von – je nach Bedeutung der Fließgewässer – 10, 5 oder 3 m Breite ohne Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln;
- die Umsetzung eines Aktionsprogramms Insektenvielfalt;
- die Entwicklung und Umsetzung eines Pflanzenschutzmittelreduktionsprogramms, namentlich in Landschafts-, Naturschutz- sowie Natura 2000-Gebieten;
- die Förderung einer klimaschonenden Bewirtschaftung, speziell auf Moorböden;
- den Ausbau der Beratung von Landwirten für einen verbesserten Biotop- und Arten-schutz;
- 10 % Ökolandbau bis 2025 und 15 % bis 2030, u.a. durch eine verstärkte Umstellungsförderung und -beratung sowie eine allmähliche Umstellung der Domänen des Landes auf ökologische Landwirtschaft;

- die Unterstützung für eine Weiterentwicklung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik in Richtung Biodiversität, Tierwohl und Klimaschutz;
- eine stärkere Fokussierung der Förderpolitik für den Privatwald auf europäische Baum-arten sowie eine Weiterentwicklung des Programms LÖWE+ zur langfristigen ökologischen Waldentwicklung in den Niedersächsischen Landesforsten;
- die Einrichtung eines 1.000 Hektar großen Wildnisgebiets im Solling;
- die Reduktion der Neuversiegelung von Flächen auf weniger als drei Hektar pro Tag bis 2050 und auf Netto-Null bis 2050.

Unsere Landwirtschaft ist im „Niedersächsischen Weg“ neben der Forstwirtschaft der zentrale Partner, dessen Leistungen für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz dauerhaft fair entlohnt werden müssen. Ein Beispiel sind breitere Gewässerrandstreifen ohne Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln. Deren Einführung bedeutet vor allem in den gewässer-reichen Landesteilen eine erhebliche Einschränkung bei der Bewirtschaftung landwirtschaft-licher Flächen. Der „Niedersächsische Weg“ bürdet die daraus resultierenden finanziellen Belastungen nicht den Landwirtinnen und Landwirten auf. Vielmehr ist

vereinbart worden, dass ein angemessener finanzieller Ausgleich gezahlt wird, wenn ein Flächenbewirtschafter infolge der erhöhten Anforderungen wirtschaftliche Nachteile erleidet. Dieses Grundprinzip – mehr ökologische Nachhaltigkeit gegen einen fairen Erschwernisausgleich – durchzieht den gesamten „Niedersächsischen Weg“.



Das HiBs-Team mit Landwirtschaftsministerin Otte-Kinast (CDU)

Für unsere landwirtschaftlichen Betriebe ist dies ein großer Schritt nach vorne, weil damit deutlich wird: Der Natur-, Arten- und Gewässerschutz ist ein bedeutsames gesellschaftliches Ziel, dessen Erreichung nur mit der Landwirtschaft gelingen kann, dessen Kosten aber am Ende die Gesellschaft tragen muss. Unsere Landwirtinnen und Landwirte sind die wichtigsten Partner beim Umweltschutz. Und sie werden bei den damit

verbundenen Kosten nicht alleine gelassen! Gleiches gilt im Übrigen auch für die Niedersächsischen Landesforsten, deren Mehrbelastungen ebenfalls ausgeglichen werden, sowie den Privatwald, den wir weiterhin engagiert finanziell unterstützen.

Wenn immer möglich, gehen im „Niedersächsischen Weg“ Freiwilligkeit und Anreize vor Zwang und Ordnungsrecht. Der „Niedersächsische Weg“ sieht Anpassungen verschiedener Gesetze vor; noch mehr aber setzt er auf attraktive Angebote für Landwirtinnen und Landwirte. Hierfür einige Beispiele: Der ökologische Landbau wird finanziell attraktiv gefördert – aber kein Betrieb wird zur Umstellung gezwungen. Wir bringen ein Programm zur Reduktion des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel auf den Weg – und setzen dabei vorrangig auf gezielte Anreize für landwirtschaftliche Betriebe zur Anschaffung neuer, sparsamerer Technik und zum freiwilligen Verzicht auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Landwirtinnen und Landwirte sind selbstständige Unternehmer und wollen dies auch bleiben. Der „Niedersächsische Weg“ erkennt dies ohne Wenn und Aber an! Aber er macht auch deutlich, dass Landwirte immer zwei Produkte erzeugen: Nahrungsmittel und



Ausgabe September 2020

ökologische Leistungen – und beides hat und braucht seinen fairen Preis.

Der „Niedersächsische Weg“ bildet einen wichtigen Baustein eines neuen Gesellschaftsvertrags, indem er die Erwartungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft aktiv aufnimmt und in ein belastbares Finanzierungskonzept für die damit verbundenen Gemeinwohlleistungen einbettet. Der eingeschlagene Weg bietet damit die Chance, die Interessen des Arten- und Naturschutzes mit denen der Landwirtschaft zu versöhnen und damit eine der zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien unserer Zeit zu entschärfen. Zugleich ebnen wir der Landwirtschaft den Weg zurück in die Mitte der Gesellschaft, zu mehr Wertschätzung für ihre Arbeit und zu einem auf Dauer erfolgreichen Wirtschaften. Damit bringt der „Niedersächsische Weg“ ein Stück von der Sicherheit zurück, die unsere landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten Jahren so schmerzlich vermisst haben. Ich lade Sie herzlich ein, den „Niedersächsischen Weg“ gemeinsam mit mir zu gehen und ihn konstruktiv-kritisch zu begleiten.

Infos zum „Niedersächsischen Weg“ finden Sie unter www.ml.niedersachsen.de. Gerne können Sie sich auch den ML-Podcast anhören (<https://www.ml.niedersachsen.de/mlpodcast>): „Was ist der Niedersächsische Weg?“

Sicherheit und Justiz

Uwe Schünemann: Brand im Flüchtlingscamp Moria – gemeinsames europäisches Asylsystem überfällig

Durch Brandstiftung wurde das Flüchtlingscamp Moria auf der Insel Lesbos in der Nacht vom 08. auf den 09. Sept. 2020 nahezu völlig zerstört. Fünf mutmaßliche Täter, junge Afghanen, deren Asylanträge abgelehnt wurden, konnte die griechische Polizei inzwischen verhaften. Die Brandstiftung ist ein schweres Verbrechen und durch nichts zu rechtfertigen. Nur durch ein Wunder sind keine Menschen zu Schaden gekommen.

Über 12.000 Menschen sind durch die Vernichtung des Flüchtlingscamps in Moria über Nacht in Not und Elend geraten. Diesen Menschen muss schnell und unbürokratisch vor Ort geholfen werden. Insofern bin ich Bundesinnenminister Seehofer dankbar, dass Deutschland in Abstimmung mit den griechischen Behörden sofort Hilfsgüter nach Lesbos geschickt hat. THW-Einsatzkräfte sind am 11. Sept. 2020 mit drei Lastzügen und Begleitfahrzeugen Richtung Griechenland gestartet, um 650 Personen mit Zelten, Schlafsäcken und Isomatten zu versorgen. THW-Kräfte aus Niedersachsen

haben den Hilfstransport mit organisiert und unterstützt.

Inzwischen errichten griechische Behörden unterstützt von der EU und Deutschland feste Unterkünfte und Zeltlager auf Moria, um den in Not geratenen Flüchtlingen wieder eine Bleibe zu geben. Mittelfristig ist der von Bundeskanzlerin Merkel angekündigte Weg richtig, ein neues Aufnahmезentrum auf der Insel Lesbos aufzubauen, das unter griechischer und europäischer Verwaltung steht.

Deutschland ist seit 2015 in Europa bei der Aufnahme von Flüchtlingen stets mit gutem Beispiel vorangegangen. Bisher fanden ca. 1,73 Mio. Menschen bei uns Schutz und Aufnahme. Täglich kommen 300 bis 400 Flüchtlinge hinzu. Bereits vor dem Brand in Moria haben Bund und Länder entschieden, 396 Kinder und Jugendliche mit ihren Familienangehörigen, insgesamt etwa 1000 Personen, aus dem Flüchtlingscamp Moria nach Deutschland zu holen. Zuletzt landete am 15.09.2020 ein Flugzeug mit 109 Personen an Bord auf dem Flughafen Hannover.

Der griechische Innenminister hat grundsätzlich eine Überführung der in Not geratenen 12.000 Flüchtlinge auf das griechische Festland oder eine Verteilung auf europäische Länder abgelehnt. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass

Aufnahmелager immer wieder in Brand gesetzt würden. Dennoch ist es Bundesinnenminister Horst Seehofer in Verhandlungen gelungen, 400 unbegleitete Kinder auf zehn europäische Länder zu verteilen. Davon wird Deutschland allein 125 minderjährige Flüchtlinge aufnehmen.

Darüber hinaus werden kurzfristig 1553 Flüchtlinge,



Familien mit Kindern, aus Griechenland in Deutschland ankommen. Hierbei handelt es sich um bereits anerkannte Asylbewerber von allen griechischen Inseln. Leider war kein einziges Mitgliedsland der europäischen Union bereit, diese Initiative zu unterstützen.

Allein kann Deutschland die bestehenden Probleme in der europäischen Flüchtlingspolitik allerdings nicht lösen. Wir brauchen endlich ein gemeinsames europäisches Asylsystem mit einem funktionsfähigen EU-Grenzschutz und einem gerechten Verteilungsschlüssel. Deutschland ist erneut seiner humanitären Verantwortung beispielhaft nachgekommen. Während der EU Ratspräsidentschaft muss es Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen



Ausgabe September 2020

gelingen, ein solidarisches Handeln aller europäischen Staaten zu vereinbaren.

Die schwierigen Verhandlungen zwischen dem griechischen Innenminister und dem Bundesinnenminister haben anschaulich verdeutlicht, dass einzelne Bundesländer oder sogar einzelne Kommunen nicht über die Aufnahme von Flüchtlingen entscheiden können. Die europäischen Staaten haben entschieden, dass für den Schutz der EU-Außengrenzen und die Migrationspolitik die europäischen Institutionen zuständig sein sollen. Daher muss die Bundesregierung alleiniger Verhandlungspartner bleiben. Mit den Stimmen Niedersachsens ist daher eine gegenteilige Entschließung der Bundesländer Thüringen und Berlin abgelehnt worden.

Christoph Plett: Mobile Polizeiwache in Peine weist Clankriminalität in die Schranken

Seit längerem betrieben in Peine verschiedenste Clans Straftaten. Den Gipfel erreichte der Einschüchterungsversuch einer Polizistin, die bedroht. Auf Initiative des Landtagsabgeordneten Christoph Plett hilft nun eine mobile Polizeiwache auf dem Friedrich-Ebert-Platz in Peine. Der Polizeiwache vorausgegangen war eine Anfrage zur Aktivität von Clankriminalität in Peine von Plett und seinen Abgeordnetenkollegen Veronika Koch, Oliver Schatta sowie Frank Oesterhelweg, dem Vizepräsidenten des niedersächsischen Landtages. Die Anfrage richtete sich an die Landesregierung, welche daraufhin von einem registrierten Anstieg der Clankriminalität berichtete. „Die Antwort der Landesregierung zeigt deutlich, dass sich Clan-Strukturen in Peine gebildet haben.“, so Plett, der daraufhin u.a. eine mobile Polizeiwache ins Spiel brachte.

Seit Mitte Juli steht diese nun auf dem Friedrich-Ebert-Platz und ist sowohl mit Beamten vor Ort, als auch durch Videoüberwachung ausgestattet. Rund um die Uhr besetzen mindestens zwei Polizeibeamte die Wache. So soll der stetige Kontakt zwischen Bürgern und Polizei gewahrt bleiben. Gleichzeitig leistet die Wache einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Prävention. In Salzgitter-Lebenstedt wurden unterstützend zur

Wache eine sechsköpfige Ermittlergruppe eingerichtet, welche sich der aktiven Verfolgung der Kriminellen annimmt. Seit der Einrichtung der Wache verzeichnet das Innenministerium einen Rückgang der Straftaten. Für Plett und seine Kollegen ist daher klar, dass der Kontrolldruck der Polizei beibehalten werden muss.



v.l. n. r. Christoph Plett, Klaus Saemann u. Volker Warn-ecke Foto: Kerstin Wosnitza (PAZ)

Wissenschaft und Forschung

Thomas Ehbrecht: Digitalisierung des Gesundheitswesens

Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Meyer, spricht sich vor dem Hintergrund der Digitalisierung des Gesundheitswesens für die gezielte Förderung erfolgreicher Projekte sowie neuer Modellvorhaben aus. Die Enquetekommission zur Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen hatte sich zuletzt in mehreren Sitzungen mit konkreten Vorhaben wie der Telemedizin und digitalem Krankenhausmanagement, aber auch mit Datenschutz- und Kostenfragen auseinandergesetzt. „Fachleute haben uns von vielen innovativen Projekten berichtet, die heute bereits erfolgreich im Einsatz sind. Wir wollen die Transformation des Gesundheitswesens unterstützen und somit einen Beitrag dazu leisten, die medizinische Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern“, so Meyer. Man werde bei den Patientinnen und Patienten ebenso wie bei den Beschäftigten um Unterstützung werben und Berührungsängste durch Aufklärung abbauen.

Schlüssel hierfür sei unter anderem ein gesetzlich garantierter Datenschutz, betont



Ausgabe September 2020

Meyer. Ab 2021 können alle Patienten eine elektronische Patientenakte erhalten. „Es muss dann geregelt sein, auf welche Daten der Behandelnde zugreifen darf. Hierzu bedarf es klarer Regelungen durch den Gesetzgeber. Darüber hinaus müssen die hochsensiblen Netzwerke der Krankenhäuser und Ärzte effektiv gegen Angriffe von außen geschützt werden“, fordert der Sozialpolitiker mit Blick auf die zahlreichen Electronic-Health-Potentiale beispielsweise im Medikationsmanagement oder der Pflege- und Behandlungsdokumentation.

Darüber hinaus gebe es schon heute erfolgreiche Modellprojekte aus dem Bereich der Telemedizin, die die Behandlungsqualität oft sogar verbessern. „Anstatt den oftmals betagten Patienten eine lange Fahrt zum nächsten Arzt zuzumuten, findet die Sprechstunde per Tablet im eigenen Wohnzimmer statt. Auch die Delegation ärztlichen Leistungen an Pflegedienste wird durch die Nutzung der Telemedizin erleichtert“, erläutert der Sozialexperte. Vor allem im ländlichen Raum biete der Einsatz viele Vorteile. So wurden alleine im ersten Quartal 2020 in Niedersachsen über 13.000 Videosprechstunden durchgeführt, vorwiegend mit Psychologen und Hausärzten.

„Wir wollen an der Spitze des Fortschritts stehen, zugleich aber bestmögliche Datensicherheit und medizinische Versorgung garantieren“, so Meyer.

„Bevor wir Projekte in der Fläche ausrollen, wollen wir sie gründlich evaluieren, um Stärken und Schwächen gleichermaßen aufzuzeigen. Am Ende muss es darum gehen, die betroffenen Patienten und Beschäftigten von den Vorteilen der Digitalisierung im Gesundheitswesen zu überzeugen.“

Thomas Ehbrecht: Fortschritte bei den Baumaßnahmen an der UMG

Die bauliche Entwicklung der UMG und die damit verbundenen weiteren Projekte nehmen deutlich an Fahrt auf. Mit der Vorlage des Masterplans und der baulichen Entwicklungsplanung der UMG hat Minister Björn Thümler gestern (02.09.20) im Ausschuss für Haushalt und Finanzen im Landtag Hannover erklärt, dass die Implementierung der zentralen Steuerung gut funktioniert und gemäß den bekannten Stufen deutliche Fortschritte macht. Mit dem Masterplan formuliert auch die UMG ein Gesamtzielbild aus Krankenversorgung, Forschung und Lehre, Administration sowie Infrastruktur.

In seiner Rede vor dem Haushaltsausschuss erläuterte Minister Thümler, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) sich nach seiner Plausibilitätsprüfung dem positiven Votum der Dachgesellschaft Bauvorhaben



Ausgabe September 2020

Hochschulmedizin Niedersachsen (DBHN) anschließt. Gemäß der zentralen Steuerung erfolgte diese Prüfung hinsichtlich haushalterischer Aspekte in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen (MF).

Als Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur ist auch der Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht stets im engen Kontakt mit Minister Thümler und auf dem neuesten Stand der Planungen.

„Gemäß der zentralen Steuerung erfolgt auf Grundlage des Masterplans im nächsten Schritt die Aufstellung der baulichen Entwicklungsplanung zusammen mit der Gesamtfinanzplanung der Krankenversorgung. Das oberste Ziel ist es, eine in sich abgeschlossene und funktionstüchtige Krankenversorgung über den gesamten Zeitraum sicherzustellen.“, so Ehbrecht.

Die UMG hatte ihre bauliche Entwicklungsplanung am 8. Mai 2020 bei der DBHN zur Prüfung eingereicht. Sie wurde insbesondere auf die Einhaltung der im Masterplan enthaltenen, die Krankenversorgung betreffenden Maßnahmen und auf fachliche Angemessenheit geprüft.

Darüber hinaus lobt Ehbrecht die gründliche Planung und das enorme Engagement aller Beteiligten. „Sowohl bei den Beteiligten Stellen

der UMG als auch bei den prüfenden Organen des Landes steht die Nachvollziehbarkeit und die fehlerfreie Erarbeitung des Gesamtplanungskonzeptes dieses immens großen Bauvorhabens an oberster Stelle. Es ist selbstverständlich im Interesse aller Beteiligten, dass die Planungen und der finanzielle Rahmen so schnell wie möglich voranschreiten, damit die bisher entstandenen zeitlichen Verzögerungen wieder abgefangen werden und ein reibungsloser Verlauf in der Zukunft gewährleistet wird.“

Die DBHN hat der baulichen Entwicklungsplanung ein positives Votum erteilt. Das MWK erachtet, in Abstimmung mit dem MF, das Votum ebenfalls als insgesamt plausibel.

Der Landesrechnungshof teilt bei der baulichen Entwicklungsplanung im Ergebnis ebenfalls die Einschätzung der DBHN.

„Die großartige Zusammenarbeit und das zielstrebige Voranschreiten aller Beteiligten zeigt die gute und straffe Organisation dieses Vorhabens. Die Beteiligten der UMG und des Landes geben alles dafür, dass dieses prestigeträchtige Vorhaben, dass die Göttinger Medizin schließlich wieder zu einem Zentrum der medizinischen Versorgung nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Deutschland machen soll, bestens funktioniert. Dies kann man

jedes Mal aufs Neue erfahren, wenn man sich - wie bereits oft geschehen - mit den Verantwortlichen an einen Tisch setzt, um den aktuellen Stand und die kommenden Schritte in der Planung zu besprechen.“, so Ehbrecht abschließend.

Mit der Vorlage des Masterplans und der baulichen Entwicklungsplanung hat die UMG bereits zwei wichtige Meilensteine erreicht. Nun steht die Gründung der Baugesellschaft in den kommenden Monaten bevor. Dem Antrag der UMG zur Gründung der Baugesellschaft inklusive Übertragung der Bauherrenaufgaben hat die Landesregierung am letzten Freitag zugestimmt.

Veronika Koch: Landkreis Helmstedt startet Wasserstoff-Strategie für die Region

Eine technisch-anspruchsvolle Wasserstoff-Strategie für die ganze Region will der Landkreis Helmstedt starten. Mit dem anstehenden Strukturwandel im ehemaligen Braunkohlerevier rund um das Kraftwerk Buschhaus verfügt das Gebiet dafür über hervorragende Standortbedingungen. Deshalb übernahm Veronika Koch gerne die Initiative und brachte Niedersachsens Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann und Wissenschaftsminister Björn Thümler mit den örtlichen Projektplanern in der

Helmstedter AVACON-Zentrale zusammen. Landrat Gerhard Radeck und die Konzerngeschäftsführung der Buschhaus-Kraftwerksbetreiberin EEW stellten das Projekt vor. In der anschließenden Diskussion wurde klar, dass mithilfe der Landesregierung das zukunftsweisende Projekt verwirklicht werden kann.



Veronika Koch (Vierte v. l.) und Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (Vierter v. r.)

Bildung und Kultur

Frank Oesterhelweg: Minister Thümler besucht Kaiserpfalz Werla

Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Frank Oesterhelweg besuchte Björn Thümler, Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur, den Archäologie- und Landschaftspark Kaiserpfalz Werla. Oesterhelweg begrüßte seinen Gast gemeinsam mit Bürgermeister Andreas Memmert - beide in ihren Funktionen als Fördervereinsvorsitzende bzw. Lenkungsgruppensprecher Werla. Der Historiker Thümler war begeistert von der geschichtlichen Bedeutung dieses Ortes, an dem schon vor 6000 Jahren kulturelle Aktivitäten nachgewiesen wurden. Auch die Bandbreite der Themen - Geschichte, Archäologie, Geologie und Entstehung unserer Landschaft, Entwicklung von Land- und Forstwirtschaft, Natur- und Umweltschutz in all seinen Facetten - faszinierte den Gast aus Hannover.

Thümler will sich weiter der Werla widmen und verfolgt die weitere Entwicklung mit großem Interesse; ein Folgetermin im kommenden Jahr ist bereits vorbesprochen.



v.l. Wilm, Oesterhelweg, Schäfer, Thümler, Memmert, Vrandt u. Zellmer Foto: Henning Meyer

Thomas Ehbrecht: Unterstützung der Hochschulen beim Ausbau der digitalen Lehre durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) fördert sieben Tandemprojekte von niedersächsischen Hochschulen bei der Entwicklung von freien Lehr- und Lernmaterialien, sogenannten OER (Open Educational Ressources) in Höhe von jeweils rund 180.000 Euro. Das Gesamtvolumen der Förderung beträgt 1,25 Millionen Euro. Die erfolgreichen Anträge erhalten für einen Zeitraum von 18 Monaten Projektmittel zur Schaffung und Verbreitung von OER-Materialien. Die Anträge



Ausgabe September 2020

wurden von Lehr-Tandems gestellt, die aus jeweils zwei hauptamtlich selbständig Lehrenden des gleichen Faches von zwei unterschiedlichen niedersächsischen Hochschulen in staatlicher Verantwortung bestehen.

Eine Gutachterkommission wählte folgende Vorhaben aus den insgesamt 18 Projektanträgen aus:

- "Bildungsmanagement" (Universität Oldenburg / Hochschule Osnabrück)
- "Additive Bauteile" (Universität Hannover / TU Braunschweig)
- "Digitalisierung des Geschäftsprozesses" (Universität Göttingen) / (Universität Osnabrück)
- "Alternativen zum Tierversuch" (Tierärztliche Hochschule / MHH)
- "Virtuelle Stadterkundung" (Universität Hannover / TU Braunschweig)
- "Heterogenität Lehrkräfte" (Universität Oldenburg / Universität Vechta)
- "Interkulturelle Diversity Kompetenz" (Universität Osnabrück / Hochschule Osnabrück)

Ob Videos, Podcasts, Skripte oder Kursmaterialien – sogenannte Open Educational Resources (OER) sind Bildungsmaterialien jeglicher Art und in jedem Medium, die unter einer

offenen Lizenz veröffentlicht werden. Sie können geteilt, verändert, nachgenutzt, an spezifische Lehr- und Lernkontexte angepasst und gemeinschaftlich weiterentwickelt werden, sodass sie den Zugang zu qualitativ hochwertigen Bildungsmaterialien sowie offenem Lernen und digitalen Lehrangeboten wesentlich erleichtern. Für den landesweiten Austausch dieser virtuellen Lehrmaterialien im Hochschulbereich ist das OER-Portal Niedersachsen (<https://www.oernds.de>) verantwortlich.

Das Förderprogramm versteht sich als Impulsgeber. Es umfasst die Anschubfinanzierung für die Entwicklung von freien Lehr- und Lernmaterialien, die einen Multiplikatoreneffekt haben und zu einer Vernetzung im Bereich OER-basierter Lehre führen. Die Materialien sollten künftig Teil des Lehrangebots der Hochschulen und ständig weiterentwickelt werden. Anträge können von Lehr-Tandems gestellt werden, die aus jeweils zwei hauptamtlich selbständig Lehrenden des gleichen Faches von zwei unterschiedlichen niedersächsischen Hochschulen in staatlicher Verantwortung bestehen.

Christoph Plett: Anfrage über „Feuerwehr“ als Schulfach

Mit einer Anfrage – über „Feuerwehr“ als Schulfach – wendete sich der Landtagsabgeordnete Christoph Plett an das Kultusministerium. In einigen Schulen in Brandenburg und in Göttingen existiert bereits das Schulfach „Feuerwehr“. In Göttingen sorgte das Angebot mit 40 Bewerbungen auf 16 Kursplätze für großen Andrang und überwältigende Annahme. Innerhalb des neuen Unterrichtes sollen Schüler in Form eines Wahlpflichtfaches oder einer AG eine Grundausbildung zum Truppmann oder zur Truppfrau absolvieren. Dabei soll es sich um sehr praxisorientierten Unterricht handeln, welcher in einer theoretischen und praktischen Prüfung mündet. Die Initiative würde den Nachwuchsproblemen etlicher regionaler Freiwilligenfeuerwehren entgegenwirken und den Schülern eine gemeinnützige Freizeitbeschäftigung aufzeigen.

Für viele Feuerwehren wäre dies ein erster Ansatzpunkt beim Werben um Nachwuchs. Die Initiative, „Feuerwehr“ zumindest als Wahlpflichtunterricht zu ermöglichen, sollte landesweit ermöglicht werden, so Plett abschließend.

Veronika Koch: Landtagsfraktion tagte in Helmstedt

Mit großen Interesse folgte die CDU-Landtagsfraktion der Einladung ihrer Helmstedter Kollegin Veronika Koch und tagte außwärts im Schützenhaus Helmstedt. Begrüßt wurden die über 40 niedersächsischen Landtagsabgeordneten von der CDU-Kreisvorsitzenden Elisabeth Heister-Neumann und Bürgermeister Wittich Schobert, die selbst einmal Mitglied der Fraktion waren.



CDU-Landtagsfraktion an Gedenkstätte Marienborn

Im 30. Jahr der Wiedervereinigung nahmen sich Abgeordnete und Fraktionsmitarbeiter vorher Zeit, um die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn an der ehemaligen Grenzübergangsstelle zu besichtigten. „Wir haben bei den Führungen erfahren, was man den Menschen in der DDR angetan hat. Für mich ist

unfassbar, dass heute noch Menschen der DDR nachtrauern. Jede Schulklasse in Niedersachsen sollte diese Gedenkstätte einmal besichtigen“, sagte Koch. Anschließend legte sie gemeinsam mit der Landtagspräsidentin von Sachsen-Anhalt, Gabriele Brakebusch, dem Fraktionsvorsitzenden Dirk Toepffer und Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg Kränze zum Gedenken an die Opfer der SED-Gewaltherrschaft an der ehemaligen Rollschranke nieder, an der DDR-Bürgerinnen und Bürger bei ihren Fluchten verstarben.



Umwelt und Landwirtschaft

Frank Oesterhelweg: "Ölschieferabbau vollkommen indiskutabel!" Schäfer und Oesterhelweg sprachen mit Ministerin

In seiner jüngsten Sitzung hatte der Wolfenbütteler Kreistag einstimmig eine Resolution gegen Planungen aus der Fachebene des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums verabschiedet, die Vorsorgegebiete Rohstoffsicherung im Bereich Hondelage/Schandelah, konkret Ölschiefer, in Vorranggebiete zur Rohstoffsicherung umzuwidmen. Der Landtagsabgeordnete Frank Oesterhelweg stellte bereits im Kreistag unmissverständlich klar, dass er sich im Niedersächsischen Landtag vehement gegen eine solche Änderung wehren wolle.

Gemeinsam mit Wolfenbüttels stellvertretendem Landrat Uwe Schäfer und dem Braunschweiger Landtagsabgeordneten Oliver Schatta - auch die Helmstedter Abgeordnete Veronika Koch stützt die Position ihrer Kollegen - machte er Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast die klare Haltung der Politik in der Region deutlich. Ministerin Otte-Kinast zeigte sich offen für diesen Vorstoß: "Die Angelegenheit wird in meinem Hause noch einmal

intensiv überprüft. Ich habe große Sympathien für das Anliegen aus dem Braunschweiger Land.



v. l. n. r. Oesterhelweg, Schatta, Schäfer u. Otte-Kinast

Thomas Ehbrecht: Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Brandenburg

Das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) hat den Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Brandenburg bestätigt. Der stark verwesene Kadaver eines Wildschweins wurde wenige Kilometer von der deutsch-polnischen Grenze im Spree-Neiße-Kreis gefunden. Der Deutsche Jagdverband (DJV) und der Landesjagdverband Brandenburg (LJV) rufen die zuständige Veterinärbehörde auf, mit Landwirten und Jägern vor Ort die Strategie zur Eindämmung transparent zu erarbeiten und umzusetzen. "Es geht jetzt darum, ohne Hektik jeden Fundort zügig zu isolieren und damit eine weitere Ausbreitung zu verhindern", so Ehbrecht. „Die Jägerinnen und

Jäger vor Ort haben die beste Orts- und Fachkenntnis und dafür stehen wir dann auch bereit – wenn das ASP-Virus sich in unserem Landkreis ausbreiten sollte“, ergänzt Thomas Ehbrecht.



Thomas Ehbrecht bei der Jägerschaft Duderstadt

Mit einem Ausbruch der Schweinepest in Deutschland war früher oder später zu rechnen. Die Präventionsmaßnahmen der letzten Jahre haben Deutschland lediglich etwas mehr Zeit verschafft, damit sich die Politik und die Landwirte auf den „Ernstfall“ vorbereiten konnten. Thomas Ehbrecht, Vorsitzender der Jägerschaft Duderstadt im Landkreis Göttingen und auch Landtagsabgeordneter ist somit in Doppelfunktion im Thema. Auf Anmeldung der CDU-Landtagsfraktion wird sich der Landtag in der Plenarsitzungswoche in der aktuellen Stunde mit

diesem Thema befassen. „Von den wirtschaftlichen Folgen eines Ausbruchs in Niedersachsen wage ich noch überhaupt nicht zu sprechen. Niedersachsen ist in Deutschland nun mal das Bundesland mit der größten Schweinehaltung. Wir müssen natürlich alles daran setzen uns möglichst schadlos zu halten“, so der Landtagsabgeordnete Ehbrecht, der auch Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Landes Niedersachsen ist. Die Schweinepest stellt als hochinfizöses Virus eine ernstzunehmende Bedrohung für die deutsche Schweinehaltung und Fleischindustrie dar. Für den Menschen ist das Virus jedoch ungefährlich.

Uwe Schünemann: Ist das Bereitstellungslager Würgassen überflüssig?

Für das Einlagern von Atommüll im Schacht Konrad in Salzgitter soll ein Bereitstellungslager in Würgassen an der Grenze zum Landkreis Holzminden entstehen. Die Anlieferung von radioaktiven Abfällen mit „vernachlässigbarer Wärmeentwicklung“ muss „just in time“ erfolgen. Daher sei nach Auffassung des Bundesumweltministeriums eine vorherige Kommissionierung zwingend erforderlich.

Uwe Schünemann (Mitte) bei der Besichtigung einer Trasse



In der Logistik können mittlerweile durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz Transportwege erheblich reduziert und Einlagerungen optimiert werden. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu fahrlässig, wenn ohne wissenschaftliche Überprüfung der Notwendigkeit eine halbe Milliarde Euro in Würgassen investiert werden soll.

Daher habe ich zunächst Staatssekretär Jürgen Flasbarth um eine entsprechende Studie gebeten. Leider wurde ohne Begründung jegliche Kooperation abgelehnt. Nunmehr bin ich auf die Antwort der Bundesumweltministerin Svenja Schulze gespannt.

Hier mein Brief:



Ausgabe September 2020

Bereitstellungslager „Würgassen“ hier:
logistisches Gutachten

Sehr geehrte Frau Ministerin Schulze,

mit Schreiben vom 30.07.2020 habe ich mich an Ihren Staatssekretär Jochen Flasbarth mit der Bitte gewandt, ein Gutachten zu logistischen Alternativen zum geplanten Bereitstellungslager in Würgassen zu unterstützen. Die ablehnende Antwort hat mich sehr verwundert.

Zur Begründung werden Untersuchungen aus dem Jahr 2009 angeführt. Zu dieser Zeit habe es ausführliche Beratungen unter Beteiligung von Sachverständigen gegeben. Die Ergebnisse hätten zu einer breiten politischen Mehrheit für ein Entsorgungsübergangsgesetz mit der Errichtung eines Bereitstellungslagers geführt. Zudem habe sich 2018 die Entsorgungskommission mit dem Thema beschäftigt. Hierbei ging es aber ausschließlich um die Findung eines Standortes für das Bereitstellungslager. Die eigentliche Notwendigkeit wurde ausdrücklich nicht betrachtet.

In den vergangenen 11 Jahren hat eine technische Revolution im Bereich künstlicher Intelligenz stattgefunden. Diese Innovationen haben in der Logistik völlig neue Abläufe und Optimierungen ermöglicht. Die Ablehnung Ihres Staatssekretärs, eine alternative direkte

Zulieferung in das Endlager Schacht Konrad durch ein wissenschaftliches Gutachten untersuchen zu lassen, ist vor diesem Hintergrund völlig unverständlich.

Zudem geht es mir lediglich um die zur Verfügungstellung der notwendigen Fakten. Das Gutachten würde auch nicht die weiteren Planungen des Bereitstellungslagers verzögern. Die Finanzierung sollten aus meiner Sicht die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen tragen. Intensive Gespräche hierüber machen aber nur Sinn, wenn das Bundesumweltministerium zu einer Kooperation bereit ist.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie sich neuesten Innovationen verschließen. Daher bitte ich Sie, ein entsprechendes Gutachten aktiv zu unterstützen.

Anliegend finden Sie meinen Brief an Staatssekretär Jochen Flasbarth und das Antwortschreiben. Eine Kopie des gesamten Vorgangs erhält der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies.

Mit freundlichen Grüßen



Ausgabe September 2020

Thomas Ehbrecht: Land hilft Tierparks, Wildgehege und Zoos mit 20 Millionen Euro

Das Niedersächsische Wirtschaftsministerium hat heute die Richtlinie zur Unterstützung der durch die COVID-19-Pandemie in Not geratenen Zoologischen Gärten, Tiergärten und Wildgehege veröffentlicht. Insgesamt 20 Millionen Euro stehen bereit. Die Hilfen können ab nächster Woche bei der NBank (www.NBank.de) beantragt werden. Mit dem Geld sollen Einnahmeausfälle der rund 31 niedersächsischen Zoos und Tierparks infolge der Corona-Krise abgemildert werden. In Einzelfällen hilft das Land mit bis zu 800.000 Euro pro Einrichtung.

Hierzu sagt der Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht, der in seiner Funktion als Vorsitzender der Jägerschaft Duderstadt und Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Landtages zusammen mit unserem Wolfsbeauftragten und Vorsitzenden des Deutschen Wildgehege-Verbands, Herrn Eckhard Wiesenthal, die Gespräche geführt hat : „Zoos und Tierparks gehören zur Heimat und sind oft seit Generationen ein wichtiger Anlaufpunkt für Familien aller sozialen Schichten und jeden Alters. Sie sind Bildungsstätte und unterstützen Artenschutz-Vorhaben. Sie bilden vielerorts

ebenfalls seit vielen Jahren ein Stück Kulturgut und dienen als generationenübergreifender Anlaufpunkt für die Menschen in der Region. Wenn Zoos und Tierparks aufgeben müssen, ist das immer ein großer Verlust.“

Die Corona-Krise hat auch Zoos und Tierparks hart getroffen. Die Phase des „Lockdown“ und damit des Schließens der Einrichtungen von März bis Mai sind genau in die Zeit gefallen, in der normalerweise ein Großteil der Einnahmen des Jahres erzielt und finanzielle Reserven für die Wintermonate erwirtschaftet werden. Das war in diesem Jahr nicht möglich. Zudem sind Besucherinnen und Besucher auch nach der Wiedereröffnung aufgrund der allgemein geltenden Abstandsregeln teilweise nur begrenzt zum Eintritt zugelassen worden.

Die Richtlinie zur Unterstützung der durch die COVID-19-Pandemie in Not geratenen Zoologischen Gärten, Tiergärten und Wildgehege ist Teil des im Juli beschlossenen Konjunkturprogramms für Niedersachsen.



Ausgabe September 2020

Wirtschaft und Finanzen

Thomas Ehbrecht: Land unterstützt Unternehmen mit 410 Millionen Euro. Althusmann: „Raus aus dem Krisenmodus und rein in den Neustart“

Investitionen und Innovationen will Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann bei den niedersächsischen Unternehmen anstoßen, mit niedrigschwelligen Förderprogrammen und Gutscheinen im Umfang von insgesamt 410 Millionen Euro. Ab dem 23. September können die Förderanträge bei der NBank eingereicht werden. Das Innovations- und Investitionspaket ist Teil des Konjunkturprogramms, welches der Landtag im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts im Juli beschlossen hat.

Althusmann: "Innovationen und Investitionen sind das beste Mittel, um wieder durchzustarten. Unternehmen sollten jetzt entschlossen handeln. Deshalb haben wir bewusst die Hürden niedrig gehalten. Die Fördermöglichkeiten sind einfach ausgestaltet, werden unbürokratisch und vollständig digital abgewickelt. Wir haben uns dafür entschieden, besondere Förderkonditionen für die Automobilwirtschaft einzuräumen. Die Branche nimmt in Niedersachsen einen

besonderen Stellenwert ein und sicherte in der Vergangenheit eine stabile wirtschaftliche Entwicklung sowie vielen Familien gute Einkommen. Diese Branche steht durch den Strukturwandel und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vor besonderen Herausforderungen."

Allen Programmen gleich ist, dass sie niedersächsischen Unternehmen zu Gute kommen, die zwischen April und Juni einen Umsatzrückgang verzeichnet haben.

Die niedrigschwellige Förderung von Investitionen kann von allen Unternehmen im gewerblichen Bereich beantragt werden. Die Investitionen sollen auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Unternehmen können Zuschüsse bis zu 250.000 Euro (Automobilwirtschaft bis zu 800.000 Euro) erhalten.

Das niedrigschwellige Innovationsförderprogramm kann von allen Unternehmen beantragt werden, für Innovationsvorhaben, die ein verbessertes Produkt, ein verbessertes Produktionsverfahren oder eine verbesserte Dienstleistung im Unternehmen hervorbringen. Erstattet werden 60 Prozent der Ausgaben (Automobilwirtschaft 75 Prozent), der maximale Zuschuss liegt bei

800.000 Euro. Die Personalausgaben müssen über 50 Prozent der Ausgaben betragen.

Die Innovationsgutscheine kommen kleinen und mittleren Unternehmen mit bis 500 Beschäftigte zu Gute. Mit Zuschüssen bis zu 30.000 Euro können 80 Prozent der Ausgaben für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die extern beauftragt wurden, gefördert werden.

Das Wirtschaftsministerium hat zur Umsetzung des Corona-Konjunkturprogramms außerdem bereits vier weitere Richtlinien an den Start gebracht: Die Richtlinie zur Förderung von Tierparks, Wildparks und Zoos sowie die Sonderprogramme zur Förderung der Häfen, der Inselversorger und der Luftfahrtindustrie.

Frank Oesterhelweg: Alarmstufe Rot - Hilfe für Veranstaltungsbranche!

Mit 130 Milliarden Euro Umsatz und über einer Millionen Beschäftigten, stellt die Veranstaltungsbranche einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftszweig dar. Unter dem Hashtag #AlarmstufeRot haben sich tausende Unternehmen und Beschäftigte zusammen geschlossen, um von der Politik mehr Unterstützung in der Corona-Pandemie zu fordern. Denn mit abgesagten Messen und leeren

Diskotheken leidet die Veranstaltungswirtschaft sehr.

Während einer Demonstration vor dem Landtag in Hannover forderte Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg Unterstützung für die von Corona hart betroffene Veranstaltungsbranche. „Ebenso wie Tourismuswirtschaft und Teile der Gastronomie ist dieser Bereich besonders gefährdet - wir müssen hier helfen!“, so Oesterhelweg.



Frank Oesterhelweg (links) auf einer Demonstration von „Alarmstufe Rot“

Oliver Schatta: Kundgebung der Veranstaltungsbranche

Der 12. August war denkwürdig! Ich nahm die Einladung zu einer Kundgebung auf einer Demonstration der Veranstaltungsbranche wahr. Vor vielen Veranstaltern, Technikern, Messenbauern und Eventschaffenden, sprach ich über die momentane Lage.

Diese Branche ist die erste, die durch die Coronamaßnahmen herbe Einschränkungen und Einnahmeausfälle zu verzeichnen hatte und immer noch nicht wieder ordentlich arbeiten kann oder darf!

Sie braucht dringen Unterstützung durch Politik und Gesellschaft. verbindliche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Das ist unsere Aufgabe!

Eine Branche, die für den sozialen Zusammenhalt, Kultur und Events gleichermaßen steht, ist zu wichtig, um sie nicht zu beachten.

Cartoon-Serie

Frank Oesterhelweg: Aus dem Leben eines Vizepräsidenten (2): Aufgalopp im Büro

Im bequemen Bürostuhl und die Beine hoch ist nicht! Da klingeln Telefon und Handy gerne gleichzeitig, der Computer bietet blinkenderweise Nachrichten und E-Mails an, das Fax (gibt's immer noch!) spuckt Seite um Seite aus, die Sekretärin steht mit der Terminmappe (nicht mit 'nem Kaffee!) in der Tür und der angemeldete Besucher ist auch gerade gekommen.

Ein Taubenschlag ist ein Ponyhof dagegen!

Gut, wenn dann Nervennahrung jedweder Art in greifbarer Nähe ist – nicht ohne Folgen für die „Figur“!



Bild: Tobi Wagner



Ausgabe September 2020

Terminvorschau

Mi 14.10.2020 | 19:00 | online | Uwe Schünemann

Facebook live: Landtagsstammtisch mit Uwe Schünemann

HiBs im Niedersächsischen Landtag

Impressum

HiBs-Team im Niedersächsischen Landtag
c/o Uwe Schünemann
Politischer Referent Luca Heinemann
Reinhäuser Landstraße 5
37083 Göttingen
Tel.: 0511 3030-3215
Mail: hibs-team.heinemann@outlook.de

Die Abgeordneten des HiBs-Teams:

Thomas Ehbrecht
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Laura Hopmann
Oliver Schatta
Uwe Schünemann